

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 103 (2009)  
**Heft:** 11

**Rubrik:** In dürftiger Zeit

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

*Oh du glückliches «Unternehmen Saarland»*

• Am 6. Juli jährte sich die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes in den deutschen Wirtschaftsraum zum fünfzigsten Mal. Ein Grund für die CDU-geführte Regierung, die Hochglanzbroschüre «Saarland-extrem-unerwartet» herauszugeben: «Im Wettbewerb der Regionen ist das Land gut aufgestellt. (...) Wir setzen als kleines Land auf die Tugenden mittelständischer Unternehmer – auf Schnelligkeit, Beweglichkeit und Innovationskraft. Kurzum: Wir handeln als «Unternehmen Saarland».»

Wenn auch nicht extrem, so doch ziemlich unerwartet waren daselbst auch die Ergebnisse der Landtagswahl, aber erst recht, was jetzt daraus gemacht wurde. Die Linkspartei, zuvor nicht im Landtag vertreten, zog dort auf Anhieb mit für westdeutsche Verhältnisse sagenhaften 21% ein. Wegen Lafontaine, der «Reizfigur» der Linkspartei, komme aber die rechnerisch logische rot-grün-rote Koalition nicht zustande, hiess es beiden Grünen, die mit nur drei Sitzen und 5,9% WählerInnenanteil Zünglein an der Waage spielen konnten. Statt-dessen tun sie sich nun mit der CDU und der FDP zusammen. Dagegen protestierte vergeblich der Kreisvorsitzende der Grünen von Saarbrücken, Thomas Brück: «Ich war nicht in Gorleben und an der Startbahn-West, um mit einer marktliberalen Atomstrom-Partei zu koalieren».

Wie in Thüringen, das gleichzeitig gewählt hatte, waren auch im Saarland wegen der spannenden Ausgangslage deutlich mehr Leute an die Urne gegangen. Vergeblich wie es scheint. Wie in Thüringen wird nun nämlich auch im Saarland die Verliererpartei CDU weiterhin regieren. In Thüringen dank der SPD, die nun anders als im Wahlkampf versprochen, doch mit der CDU zusammen regieren will, im Saarland eben dank den Grünen. Auch in Thüringen ging es nicht ohne Widerstand der Parteibasis, aber es ging. Unter Buh-Rufen seiner parteiinternen Gegner hatte SPD-Landeschef Matschie den Entscheid folgendermassen begründet: «Wir haben bis an die Grenze der Selbstaufgabe um ein rot-grün-rotes Bündnis verhandelt.»

Dann doch besser jenseits der Selbstaufgabe mit der CDU verhandeln, als hart an der Grenze mit der Linken? Was der hes-

sischen SPD-Chefin Ypsilanti vor Jahresfrist noch den Wahlsieg und der SPD die Regierungsübernahme gekostet hat, geht jetzt in Thüringen über die Bühne. Wahlversprechen brechen geht gegenwärtig offensichtlich nur nach rechts und nicht nach links.

Natürlich besteht die Aussicht, dass die Linkspartei in absehbarer Zeit in Deutschland zur normalen Option für Regierungsbildungen werden wird, weil sie in Wahrheit den Kommunismus nicht hat, den man ihr nachruft, und weil die SPD, ihr Dilemma, sich weiterhin zu dezimieren, mit rechtslastigen Koalitionen jeder Couleur oder sich mit der Linkspartei zu versöhnen, früher oder später nach links auflösen wird. Aber gerade weil die Dinge so stehen, muss die Linke hoffen, dass die rhetorische Ausgrenzung noch eine Weile andauert. Denn gegenwärtig vertritt der Antikommunismus die Sache der Kommunisten oder Sozialisten besser, als sie es selber vermöchten. Dass die Linkspartei zulegen kann, verdankt sie mehr ihrem von der Rechten in Schwung gehaltenen üblen linken Ruf als eigenen revolutionären Forderungen. Dieser ist es, der die Fiktion einer gesellschaftsverändernden Kraft im Status der Verneinung präsent hält.

Wir dürfen träumen, dass es diesen Kommunismus, den die Deutsche Presse, inspiriert von der blossen Existenz der Linkspartei, wieder und wieder an die Wand malt, einst geben wird. Denn mit zunehmender Verschärfung der sozialen Lage steigen die Chancen, dass die Linkspartei ihre Politik dem angedichteten Trugbild, auf dessen Basis sie auch gewählt wurde, annähert. Oh du glückliches Unternehmen Saarland, dessen reizender Sohn Oskar Lafontaine grossen Anteil hat an der inszenierten Hysterie des Antikommunismus ohne Kommunisten. Oh du glückliches Deutschland, dessen Verlierer durch den Antikommunismus ohne Kommunisten auf den Pfad der linken Utopien gewiesen werden, während dieselben in Österreich durch die Antisemiten ohne Juden über den rechten Rand rutschen: 25% im Vorarlberg für den antisemitischen Wahlkampf von FPÖ-Chef Egger. Nur wem noch nicht vor diesem Österreich graut, wünscht ihm keinen Antikommunismus.

*Rolf Bossart*